Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2397

Mündlicher Bericht

des Rechtsausschusses
(12. Ausschuß)

über die Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht Vorlagebeschluß des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz vom 14. November 1963 betr. Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der durch das Zustimmungsgesetz zu den EWG-Verträgen dem Rat der EWG erteilten Ermächtigung zum Erlaß von Verordnungen mit allgemeiner Verbindlichkeit für die Bundesrepublik Deutschland

— 2 BvL 29/63 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Wahl

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

In dieser Streitsache wird sich der Bundestag gegenüber dem Bundesverfassungsgericht dahin gehend äußern, daß er das Zustimmungsgesetz vom 27. Juli 1957 zu den EWG-Verträgen für vereinbar mit dem Grundgesetz hält.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wahl wird unbeschadet eines sich aus § 7 der Geschäftsordnung ergebenden Rechts des Präsidenten, einen Vertreter zu bestellen, ermächtigt, die Äußerung für den Bundestag gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzugeben.

Bonn, den 19. Juni 1964

Der Rechtsausschuß

Hoogen	**Dr. Wahl**
Vorsitzender	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51